



Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren

Ansprechpartner/in: Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 18.02.2009

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2004/2009 am Donnerstag, dem 22.01.2009, 15:30 Uhr bis 17:50 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

Herr Walter Kluth SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bernhard Ensmann CDU

Herr Hans-Heinrich Lierenfeld CDU

Herr Stephan Pohl CDU

Herr Wolfgang Simons CDU

abwesend von 16.50 Uhr
(TOP 9.1) bis 16.57 Uhr
(TOP 11.1)

Herr Dr. Ralf Heinen SPD

Frau Susana dos Santos Herrmann SPD

Frau Monika Schultes SPD

Herr Ossi Werner Helling Grüne

Herr Arif Ünal Grüne

Herr Mark Stephen Pohl FDP

Mitglieder mit beratender Stimme gem. § 58 Abs. 1 Satz 7-12 GO NRW

Frau Regina Wilden pro Köln

Herr Michael Kellner Die Linke.Köln

Sachkundige Einwohner/innen mit beratender Stimme nach § 58 Abs. 4 GO NRW und § 21 der Hauptsatzung

Frau Antje Fratini auf Vorschlag der FDP

Frau Britta Hollmann auf Vorschlag der Grünen

Frau Dr. Christiane Köhler auf Vorschlag der CDU

Herr Horst Ladenberger auf Vorschlag der Grünen

Frau Heide Lore Puttkamer auf Vorschlag der CDU

Herr Frank Schneider auf Vorschlag der SPD

Herr Dr. Walter Schulz auf Vorschlag der SPD

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region
Herr Franz Decker	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Benzion Wieber	Synagogengemeinde

Sachkundige Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der Seniorenvertretung
Herr Viktor Ostrowski	auf Vorschlag des Integrationsrates

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst	V
Herr Stefan Ferber	15
Frau Ina-Beate Fohlmeister	V/2
Frau Margarete July	502
Frau Maria Kröger	15
Herr Klaus Müller-Starmann	50/0 ARGE
Herr Hans-Jürgen Oster	501
Frau Johanna Preßmar-Cuber	V/1
Frau Marita Reinecke	V/3
Herr Stephan Santelmann	50
Herr Michael Schleicher	56, 5620

Schriftführer/in

Frau Claudia Kutzer	V/1
---------------------	-----

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kluth, weist auf die aktuelle Tagesordnung hin, in der die fett geschriebenen Punkte neu hinzugekommen sind. Es handelt sich hierbei um die Tagesordnungspunkte 3.4. 3.5, 4.5 – 4.15, 5.1 – 5.3, 6.1, 6.2, zu 8.1.2, 8.2.1 – 8.2.3, 10.1 – 10.4, zu 11.2, 11.4 und 11.5.

Die Ausschussmitglieder sind mit der so geänderten Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 0** **Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners gem. § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**
- 1** **Gleichstellungsrelevante Themen**

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

- 3.1 Rechenschaftsbericht des Ordnungsdienstes der Stadt Köln für das Jahr 2007
4862/2008
- 3.2 Mündl. Anfrage von Frau Wilden zur Beschlussvorlage "Förderung des Vereins Christlich-Islamische Gesellschaft (CIG e.V.), Nr. 4773/2008"
5593/2008
- 3.3 Köln-Pass Inanspruchnahme von Vergünstigungen
5619/2008
- 3.4 Erste Kölner Demenzwochen
hier: Anfrage von Herrn Pohl in der Sitzung am 23.10.2008
0018/2009
- 3.5 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln vom 24.04.2008 im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
hier: Förderung von Integrationsunternehmen
5638/2008

4 Mitteilungen

- 4.1 Gesundheitsprojekt für Seniorinnen und Senioren in die Landesinitiative "Gesundes Land NRW" aufgenommen
5280/2008
- 4.2 Wohnungsbauprogramm 2015
Unterstützung von Baugruppenprojekten
5114/2008
- 4.3 Sachstand zum Konzept preiswerter Wohnungsbau
5044/2008
- 4.4 Entlastungsdienste für Menschen mit Demenz
5640/2008
- 4.5 Soziale Wohnraumförderung

hier: Neue Einkommensgrenzen ab 01.01.2009
5661/2008

4.6 Neuer Kölner Mietspiegel (Stand November 2008)
5876/2009

4.7 Bildungslandschaft Höhenberg Vingst - Sachstandsbericht
5669/2008

4.8 Winterhilfe 2008/09
5719/2008

4.9 Pflegeplatzangebot in Köln nach Stadtteilen
0084/2009

4.10 Aktuelle Mitteilung der Verwaltung zum Thema Winterhilfe
0079/2009

4.11 Neuauflage des Wegweisers für Menschen mit Demenz und deren Angehörige
0087/2009

4.12 Bericht zur "Kölner Elf"
5834/2009

4.13 Nachrichtliche Information über die Ratsvorlage:
Entwicklung und Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Aufgaben
hier: Einrichtung einer Mehrstelle im Bereich Arbeitsmarktförderung zum
01.01.2009
(Vorlagen Nr. 3485/2008)
5603/2008

4.14 Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Stadt Köln
0041/2009

4.15 Soziale Wohnraumförderung 2008 und Ausblick auf 2009
5794/2009

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

5.1 Auswertung der Ergebnisse aus der Evaluation der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Kundenzufriedenheit in den ARGE n mit Bezug zur ARGE

Köln
5891/2009

5.2 Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vom
21.12.2008
0101/2009

5.3 Sachstandsbericht ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
0002/2009

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

6.1 Ein wichtiger Meilenstein für die Behindertenpolitik und die Rechte behinderter Menschen: "Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen" der Vereinten Nationen ab 1.1.2009 auch für Deutschland verbindlich
5832/2009

6.2 Bericht der Behindertenbeauftragten - 01/2009
5893/2009

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

8.1.1. Schuldnerberatung für Senioren
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.10.2008
AN/2001/2008

zu Antwort der Verwaltung

8.1.1
4747/2008

8.1.2. Wohnsituation von Seniorinnen und Senioren in Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.11.2008
AN/2226/2008

zu

8.1.2 Antwort der Verwaltung
0054/2009

8.1.3. Maklerscheine

hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 20.11.2008
AN/2373/2008

zu

8.1.3 Antwort der Verwaltung
5333/2008

8.2 Aktuelle Anfragen

8.2.1. Situation obdachloser Menschen in Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.01.2009
AN/0008/2009

8.2.2. Inanspruchnahme von Räumlichkeiten in Bürgerhäusern und Bürgerzentren
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.01.2009
AN/0072/2009

8.2.3. Einladungen von Schülern und Schülerinnen durch die ARGE
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 19.01.2009
AN/0090/2009

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

9.1 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training
0102/2009

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

10.1 Niedrigschwelliges Angebot zur Entlastung pflegender Angehöriger von somatisch Erkrankten
5631/2008

10.2 Ziel- und Leistungsvereinbarungen für die Bürgerhäuser/Bürgerzentren
5672/2008

10.3 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" - Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel
5680/2008

- 10.4 Zuschuss für die Ausstattung und Förderung der Seniorenvertretung der Stadt Köln
5878/2009

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 11.1 Kulturelle Bildung in Köln
3429/2008
- 11.2 Soziale Stadt NRW - Mülheim-Programm
hier: Integriertes Handlungskonzept Mülheim 2020 für das Programmgebiet "Soziale Stadt" Köln - Mülheim
3493/2008
- zu
11.2 Soziale Stadt NRW - Mülheim Programm
0270/2009
- 11.3 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus
Konzept zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa
3984/2008
- 11.4 Institutionelle Förderung der Arbeitslosenberatungsstellen KALZ e.V. und Vingster Treff e.V.
0025/2009
- 11.5 Kommunale Förderung der Arbeitslosenzentren und - Beratungsstellen
5728/2008

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

13 Anfragen

- 13.1 Win-Win-Programm
hier: mündliche Anfrage von Herrn Ensmann

I. Öffentlicher Teil

0 Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners gem. § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

Der Ausschuss für Soziales und Senioren verpflichtet einstimmig Herrn Frank Schneider als sachkundigen Einwohner gem. § 5 der Hauptsatzung.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Rechenschaftsbericht des Ordnungsdienstes der Stadt Köln für das Jahr 2007 4862/2008

Herr Helling bittet, diese Mitteilung auch dem Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Grün zur Kenntnis zu geben.

3.2 Mündl. Anfrage von Frau Wilden zur Beschlussvorlage "Förderung des Vereins Christlich-Islamische Gesellschaft (CIG e.V.), Nr. 4773/2008" 5593/2008

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

3.3 Köln-Pass Inanspruchnahme von Vergünstigungen 5619/2008

Frau Hollmann bittet darum, noch mehr Multiplikatoren zur Bekanntmachung der Vergünstigungen durch den Köln-Pass einzubeziehen. Hierbei nennt sie die Interkulturellen Zentren und die Bürgerzentren.

Herr Oster erklärt, die Verwaltung nutze diese Multiplikatoren bereits, indem sie immer wieder über die Chancen und Möglichkeiten, die der Köln-Pass biete, informiere. Die Anträge liegen in den angesprochenen Einrichtungen ebenfalls aus.

Herr Oster verweist auf eine besondere Werbekampagne hin, die die Verwaltung für dieses Jahr plane.

3.4 Erste Kölner Demenzwochen hier: Anfrage von Herrn Pohl in der Sitzung am 23.10.2008 0018/2009

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

3.5 Antrag der Fraktion Die Linke.Köln vom 24.04.2008 im Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen hier: Förderung von Integrationsunternehmen 5638/2008

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4 Mitteilungen

4.1 Gesundheitsprojekt für Seniorinnen und Senioren in die Landesinitiative "Gesundes Land NRW" aufgenommen 5280/2008

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.2 Wohnungsbauprogramm 2015 Unterstützung von Baugruppenprojekten 5114/2008

Herr Ladenberger teilt mit, die Mindestanzahl von 10 Wohneinheiten pro Baugruppe erscheine ihm als sehr hoch. Er bittet, die Gründe hierfür mitzuteilen.

Herr Ferber erklärt, es handele sich um einen Pilotabschnitt mit drei Grundstücken. Die Zahl ergebe sich zum einen daraus, wie diese Wohneinheiten geschnitten seien und zum anderen aus allgemeiner Erfahrung. Die Mindestzahl sei jedoch nicht immer eine zwingende Voraussetzung.

4.3 Sachstand zum Konzept preiswerter Wohnungsbau 5044/2008

Herr Ensmann hebt lobend die intensivierete Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft für Wohnungswirtschaft hervor.

Herr Pohl (FDP) bittet um eine Erläuterung zu einzelnen Punkten der Handlungsoptionen. Hierbei nennt er den Erwerb von Wohnraum aus der Zwangsversteigerung und Einführung eines kommunalen Wohngeldes.

Herr Schleicher erklärt zur Handlungsoption der Zwangsversteigerung, die Verwaltung weise bei gewissen Interessenlagen Wohnungsbauunternehmen auf Zwangsversteigerungen hin. Für den Verwaltungsapparat sei der Ablauf einer Zwangsversteigerung jedoch kein Tagesgeschäft. Es falle relativ schwer, auf diesem Gebiet einen Mengeneffekt zu erreichen.

Herr Ferber weist darauf hin, dass die Liste der Handlungsoptionen relativ weit gefasst sei. Daher habe das Amt für Stadtentwicklung und Statistik in Absprache mit dem Wohnungsamt zunächst alle Optionen aufgenommen. Hierzu gehöre somit auch die Option des kommunalen Wohngeldes. Demgegenüber seien natürlich auch die enorm hohen Kosten abzuwägen.

Herr Ferber fügt hinzu, im nächsten Schritt werde man aus den Handlungsoptionen die Handlungsempfehlungen erarbeiten.

Frau Bredehorst ergänzt, im Wesentlichen werde der preiswerte Wohnungsbau über öffentlich geförderte Neubauten vorangetrieben. Über vielfache Aktivitäten, Marketing und Imageaufbesserung des sozialen Wohnungsbaus gelinge es der Verwaltung inzwischen, Investoren zu finden.

Außerdem gebe es inzwischen eine veränderte Belegungsvereinbarung. Es gebe zwar schon die langjährige Praxis, dass die Wohnungswirtschaft selber Wohnungen belegen könne, allerdings habe sich bisher hartnäckig das Vorurteil erhalten, die Verwaltung würde Investoren ihre Mieter vorschreiben. Die schriftliche Belegungsvereinbarung sei sehr positiv von der Wohnungswirtschaft aufgenommen worden. Zurzeit fehle es allerdings an Grundstücken für den sozialen Wohnungsbau.

Herr Helling merkt an, dass alle bisherigen städtischen Untersuchungen auf die Zielmarke der jährlich notwendigen 1.000 neuen Wohnungen hinaus laufen. Er spricht sich dafür aus, die Frage, wie viele neue Wohnungen tatsächlich ausreichen, nochmals extern prüfen zu lassen.

4.4 Entlastungsdienste für Menschen mit Demenz 5640/2008

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.5 Soziale Wohnraumförderung hier: Neue Einkommensgrenzen ab 01.01.2009 5661/2008

Herr Schleicher weist auf die Anlage zur Mitteilung hin. Anhand der Bruttobeträge könne man einen bessern Überblick darüber erhalten, ob jemand zur Gruppe der Berechtigten gehöre. Herr Schleicher führt anhand eines Beispiels aus, dass wahrscheinlich relativ viele Menschen berechtigt seien, eine öffentlich geförderte Wohnung zu erhalten. Damit finde eine breitere Durchmischung statt und somit habe der soziale Wohnungsbau nicht mehr das Stigma von besonderen Personengruppen, sondern gewinne an Normalität.

Herr Dr. Schulz befürchtet eine Verdrängung einkommensschwächerer Personen durch den Rückgang der Bestände an geförderten Mietwohnungen und die steigende Nachfrage durch den vergrößerten Personenkreis auf Grund der neuen Einkommensgrenzen.

Herr Schleicher erklärt, alle Berechtigten seien gleichrangig zu bewerten. Nach vorsichtigen Schätzungen handele es sich hierbei um 40 % der Kölner Einwohner. Es sei jedoch auch richtig, dass es derzeit nur noch 47.000 öffentlich geförderte Wohnungen gebe. In Zukunft werde stärker der Hauseigentümer darüber entscheiden, welche Mieterstruktur er in seiner Wohnanlage haben wolle.

Die Verwaltung werde mit der Wohnungswirtschaft natürlich Regelungen für die Fälle schaffen, die Unterstützung brauchen.

Herr Kluth unterstreicht die Ausführungen von Herrn Schleicher. Zur Imagekampagne für den öffentlich geförderten Wohnungsbau gehöre seiner Auffassung nach auch eine Veröffentlichung der von der Verwaltung dargestellten Einkommensgrenzen.

4.6 Neuer Kölner Mietspiegel (Stand November 2008) 5876/2009

Herr Schleicher teilt mit, der Mietspiegel werde überwiegend dazu benutzt, um Mieterhöhungsverlangen zu begründen.

In die Berechnung des Mietspiegels 2008 seien wesentlich mehr Wohnungen als bisher in die Berechnungen eingeflossen. Es habe sich gezeigt, dass der Mietspiegel, bis auf eine Wohnungsgruppe bei den älteren Beständen, stabil geblieben sei.

**4.7 Bildungslandschaft Höhenberg Vingst - Sachstandsbericht
5669/2008**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.8 Winterhilfe 2008/09
5719/2008**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.9 Pflegeplatzangebot in Köln nach Stadtteilen
0084/2009**

Herr Kluth und Herr Ensmann bedanken sich für die Auflistung der Pflegeplatzangebote. Herr Ensmann spricht sich zusätzlich zu der Aufteilung nach Stadtteilen für eine Angabe der Straßennamen aus.

**4.10 Aktuelle Mitteilung der Verwaltung zum Thema Winterhilfe
0079/2009**

Herr Helling bittet um einen Überblick, wie viele Menschen von den einzelnen Maßnahmen betroffen waren, um sie von der Straße zu holen und in Unterkünfte zu überbringen.

Frau July erklärt, während der kalten Tage seien die zusätzlichen 20 Plätze in der Annostraße durchgängig belegt gewesen. 4 bis 6 Schlafplätze bei Gulliver wurden tageweise in Anspruch genommen. Ansonsten haben die angesprochenen Menschen mitgeteilt, dass ihnen bekannt sei, dass das Angebot vorhanden sei. Diese Personen seien aber auf eigenen Wunsch hin lieber auf der Straße geblieben.

**4.11 Neuauflage des Wegweisers für Menschen mit Demenz und deren Angehörige
0087/2009**

Frau Kleinpaß-Börschel vermisst in der Übersicht der Kliniken mit geriatrischen Abteilungen das Marienhospital, das eines der wichtigsten Krankenhäuser in der geriatrischen Behandlung sei.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf.

**4.12 Bericht zur "Kölner Elf"
5834/2009**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.13 Nachrichtliche Information über die Ratsvorlage:
Entwicklung und Umsetzung arbeitsmarktpolitischer Aufgaben
hier: Einrichtung einer Mehrstelle im Bereich Arbeitsmarktförderung
zum 01.01.2009
(Vorlagen Nr. 3485/2008)
5603/2008**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**4.14 Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die Stadt Köln
0041/2009**

Frau Bredehorst erklärt, die Mitteilung beruhe auf einem Ratsbeschluss. Im Sozialbereich bieten sich Handlungsmöglichkeiten beim barrierefreien Ausbau der Bürgerzentren und bei diversen Einrichtungen im Bereich des Wohnungsversorgungsbetriebes an. Außerdem biete sich die energetische Sanierung für den gesamten Bereich der Wohnungswirtschaft an. Die Rahmenbedingungen seien noch genauer auszugestalten.

Herr Pohl (FDP) regt an, Geschäftsprozesse von Zeit zu Zeit zu untersuchen und Verbesserungspotentiale zu finden.

**4.15 Soziale Wohnraumförderung 2008 und Ausblick auf 2009
5794/2009**

Die Ausschussmitglieder verständigen sich darauf, die Mitteilung erneut auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu nehmen.

Herr Schleicher teilt zu Beginn mit, es habe noch nie so viele Eigenheimförderungszulagen gegeben. Das Wohnungsamt habe rund 29 Mio. € an zinsgünstigen Darlehen für den Eigentumsbereich bereit gestellt. Dies trage positiv zur Konjunkturerwicklung in Köln bei.

Allerdings konnten nur 471 Mietwohnungen gefördert werden. Herr Schleicher erläutert hierzu kurz die Hintergründe, die in der Mitteilung genauer dargestellt seien.

Herr Kluth betont, unabhängig von der Frage, die Notwendigkeit der jährlichen Zahl von 1.000 Wohnungen nochmals zu untersuchen, gelte es, Mittel und Wege zu fin-

den, wie man diese Zahl endlich erreichen könne. Dies sei in den Vorjahren noch nicht gelungen.

Frau Bredehorst macht deutlich, wenn nicht bekannt geworden wäre, dass die Förderbedingungen für dieses Jahr verbessert werden sollen, hätte man im letzten Jahr erstmalig die Zahl von 1000 Wohnungen erreicht.

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

5.1 Auswertung der Ergebnisse aus der Evaluation der Bundesagentur für Arbeit (BA) zur Kundenzufriedenheit in den ARGE n mit Bezug zur ARGE Köln 5891/2009

Frau Hollmann bittet zu dem Verbesserungsprozess der ARGE zu erläutern, wie eine Verbesserung bei der Hilfestellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei finanziellen Notlagen der Kunden erzielt werden könne.

Herr Müller-Starmann berichtet, dass die ARGE die Befragungen der Kunden insgesamt zum Anlass nehmen werde, die Verfahrensweisen im Einzelfall zu überdenken und evtl. neu zu regeln.

Bei der von Frau Hollmann angesprochenen Leistung gehe es um plötzlich auftretende Notlagen. Hier gebe es einen Dissens zwischen dem, was die ARGE leisten könne, und dem, was der Einzelne erwarte. Beispielsweise werde bei Geldverlust im Regelfall kein Geld ersetzt, sondern ein Lebensmittelgutschein ausgehändigt.

5.2 Gesetz zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente vom 21.12.2008 0101/2009

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

5.3 Sachstandsbericht ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln 0002/2009

Herr Kluth fragt Bezug nehmend auf die hohe Fluktuationsquote bei der ARGE, ob hier gewisse Anreize, z.B. tarifliche Entgelte, geschaffen werden könnten, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter länger an die ARGE zu binden. Außerdem bittet er, die Weggänge genauer zu analysieren.

Frau Bredehorst regt an, dieses Problem relativiert zu betrachten. Vor dem Hintergrund des Aufbaus der ARGE schmerze es am Meisten, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit der meisten Erfahrung weggehen. Frau Bredehorst betont dabei,

wenn man jedoch den Weggang aus der ARGE ganz verbiete, würde dies die ARGE als Arbeitsstelle insgesamt unattraktiv machen. Die Verwaltung wünsche sich durchaus eine gewisse Fluktuation innerhalb der Stadtverwaltung.

Bezüglich der Personalgewinnung habe sowohl die Agentur als auch die Stadt extern befristete Kräfte eingestellt. Diese Kräfte müssen jedoch zunächst immer noch eingearbeitet werden.

Frau Bredehorst teilt mit, sie sei erfreut darüber, dass die Fluktuationsquote zurzeit nicht höher sei. In anderen ARGE n sei dies teilweise der Fall. Angesichts der Tatsache, dass die Zukunft der ARGE immer noch ungewiss sei, könnte die Fluktuation noch größer sein. Vor diesem Hintergrund betrachtet, gebe es immer noch einen großen Zufriedenheitsgrad bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ARGE. Die Verwaltung werde jedoch die Gründe für die Fluktuation noch etwas differenzierter darstellen.

Beide Träger haben außerdem Maßnahmen überlegt, wie derzeit befristete Stellen in unbefristete umgewandelt werden können.

Zu den möglichen Anreizen, das Personal an die ARGE zu binden, teilt Frau Bredehorst mit, insbesondere für den mittleren Dienst habe man einen erleichterten Aufstieg geschaffen. Weiterhin ist Frau Bredehorst zuversichtlich, dass mit der neuen Geschäftsführung die gesamte Führungskultur in der ARGE überarbeitet werde. Ein gutes Arbeitsklima sei oftmals der größte Anreiz, in einer Organisationseinheit zu arbeiten. Abschließend fügt sie hinzu, auf Grund der großen Rückstände im Backoffice gebe es Überlegungen, zeitweilig Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Übersoll zu beschäftigen.

Herr Ensmann regt an, zu prüfen, wie die Fluktuation in ähnlich großen ARGE n aussehe, um eine Aussage darüber treffen zu können, ob der Weggang von 156 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern alarmierend oder eher normal sei.

Herr Müller-Starmann sagt zu, dass die Verwaltung die unterschiedlichen Gründe für einen Wechsel aus der ARGE im nächsten Sachstandsbericht etwas genauer darstellen werde.

Herr Müller-Starmann erklärt auf Nachfrage Frau Hollmann zum Abbau von Bearbeitungsrückständen, dass es leider eine problematische Rückstandssituation gebe. Er stellt jedoch klar, dass es sich grundsätzlich bei Rückständen nicht um Anträge handle. Von den gezählten rd. 30.000 Rückständen gebe es etwas über 300 unbearbeitete Anträge, die älter als einen Monat seien. Dabei sei bei der Zählung nicht erfasst worden, wie viele dieser Anträge sich auf einen Leistungszeitpunkt nach dem Monat der Zählung, d.h. nach dem Januar, beziehen.

Herr Müller-Starmann betont, die ARGE sei bestrebt, die Prozesse im Leistungsbe- reich zu verbessern und zu vereinheitlichen. Entscheidend sei dabei jedoch auch der Aspekt, dass die ARGE untersuche, ob die Stellenausstattung ausreichend sei. Das Ergebnis dieser Untersuchung sei in der Lenkungsgruppe beraten worden. Ein Beschluss hierzu stehe jedoch noch aus.

Herr Kellner fragt, warum vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht übernommen werden konnten und ob die Weiterbeschäftigung wiederum befristet werde.

Herr Müller-Starmann erklärt, vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien nicht übernommen worden, weil sie nicht geeignet waren.

Herr Müller-Starmann betont, die ARGE habe die Absicht, alle befristet beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sie für geeignet halte, weiterzubeschäftigen. Es gebe die Zusage der Stadt Köln, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht befristet weiterbeschäftigt werden können, unbefristet bei der Stadt weiterbeschäftigt werden.

Zum 01.01.2009 seien 27 Stellen bei der ARGE entfristet worden, von diesen seien 2/3 ursprünglich befristet bei der Stadt Köln beschäftigt gewesen.

Frau Bredehorst fügt abschließen hinzu, dies sei genau das Zeichen, dass die Stadt Köln setzen wolle, obwohl nicht bekannt sei, wie die Zukunft der ARGE aussehe.

Herr Kluth bemerkt abschließend, bei allen kritischen Nachfragen sollte man die in der Mitteilung dargestellte positive Zielerreichung nicht vergessen.

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

6.1 Ein wichtiger Meilenstein für die Behindertenpolitik und die Rechte behinderter Menschen: "Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen" der Vereinten Nationen ab 1.1.2009 auch für Deutschland verbindlich 5832/2009

Frau Reinecke stellt kurz die wesentlichen Inhalte und Besonderheiten des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen dar. Dieses Übereinkommen gehe noch über die Erklärung von Barcelona hinaus und werde sich auch als Zielvorstellung bei der Arbeit der Behindertenbeauftragten niederschlagen.

Herr Ladenberger hält es ebenfalls für bedeutsam, dass erstmals die Menschenrechte für die Lebenssituation behinderter Menschen in einem völkerrechtlichen Vertrag konkretisiert werden. Dies bedeute, dass damit auch die Möglichkeit bestehe, Verstöße gegen diese Menschenrechtskonventionen anzuklagen.

Herr Ladenberger fügt hinzu, dieses Übereinkommen der Vereinten Nationen diene als Leitfaden für Bund, Länder und Kommunen.

Er ist der Auffassung, dass viele der in dem Übereinkommen genannten Ziele über die Erklärung von Barcelona oder auch die deutsche Realität hinaus gehen. Er spricht sich dafür aus, sich in einem eigenen Prozess näher mit dieser Konvention zu befassen.

Frau Bredehorst teilt mit, in den letzten Jahren sei die Verwaltung im Bereich der Behindertenpolitik sehr vorangekommen. Dies sei natürlich auch der Einrichtung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und der Schaffung der Stelle der Behindertenbeauftragten zu verdanken.

Frau Bredehorst erklärt, die Verwaltung begrüße das Übereinkommen der Vereinten Nationen und beabsichtige, alles, was im Bereich der Kommune möglich sei, dazu beizutragen, damit dieses Übereinkommen auch tatsächlich verwirklicht werden könne.

Herr Kellner bittet, diese Mitteilung auf Grund des wichtigen Aspektes für das Bildungssystem auch dem Ausschuss für Schule unter Weiterbildung zur Kenntnis zu geben.

**6.2 Bericht der Behindertenbeauftragten - 01/2009
5893/2009**

Herr Ensmann lobt die Arbeit der Behindertenbeauftragten.

7 Anträge gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

**8.1.1 Schuldnerberatung für Senioren
hier: Anfrage der FDP-Fraktion vom 08.10.2008
AN/2001/2008**

zu

**8.1.1 Antwort der Verwaltung
4747/2008**

Frau Kleinpaß-Börschel fragt nach einem aktuellen Sachstand zur Prüfung bei den Wohlfahrtsverbänden in Bezug auf die aufsuchende Schuldnerberatung bei Seniorinnen und Senioren.

Herr Santelmann, teilt mit, der Verwaltung liege eine Rückmeldung der Wohlfahrtsverbände inzwischen vor. Zurzeit gehen die Wohlfahrtsverbände davon aus, dass das bestehende Angebot an Schuldnerberatungen für Seniorinnen und Senioren ausreichend sei. Sollten weitere personelle Bedarfe entstehen, sei vereinbart worden, dass sich die Wohlfahrtsverbände erneut an die Verwaltung wenden.

Herr Santelmann ergänzt bezüglich einer früheren Frage, inwieweit Erfahrungen aus anderen Städten vorliegen, dass die Verwaltung zunächst eine Auswertung der Informationen vornehmen und zu gegebener Zeit den Ausschuss für Soziales und Senioren informieren werde.

Herr Pfarrer Decker hält grundsätzlich eine aufsuchende Beratung für Seniorinnen und Senioren für wichtig.

Frau Harrer betont, der Liga der Wohlfahrtsverbände sei bewusst, dass Armut im Alter ein zunehmendes Thema sein werde, dies sei jedoch nicht immer gleichzusetzen mit dem Thema Verschuldung im Alter. Die Wohlfahrtsverbände seien sich mit der Seniorenvertretung darüber einig, dass die Schuldnerberatung für Seniorinnen und Senioren anders organisiert werden müsse. Die Wohlfahrtsverbände unterstützen eine aufsuchende Schuldnerberatung sehr.

Herr Pohl (FDP) hält es für notwendig, dass man sich zukunftsorientiert verhalte und auf die drohende Situation der steigenden Altersarmut vorbereite.

- 8.1.2 Wohnsituation von Seniorinnen und Senioren in Köln**
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 03.11.2008
AN/2226/2008
zu Antwort der Verwaltung
8.1.2
0054/2009

Der Ausschuss für Soziales und Senioren nimmt die Antwort der Verwaltung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

- 8.1.3 Maklerscheine**
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 20.11.2008
AN/2373/2008
zu
8.1.3 Antwort der Verwaltung
5333/2008

Herr Kellner teilt anhand eines ihm bekannten Falles mit, es sei sehr schwierig, einen Makler zu finden, der Wohnungen in dem nachgefragten Preissegment vermitteln könne. Herr Kellner fragt, aus welchen Gründen nur so wenige Personen Erfolg mit den Maklerscheinen haben und ob es eine Liste von Maklern gebe, die diesen Maklerschein anerkennen.

Frau Bredehorst teilt mit, die Gründe hierfür seien in dem Mangel an preiswertem Wohnraum zu suchen. Daher können Makler auch nur preisgünstige Wohnungen anbieten, wenn sie existieren.

Eine Liste von Maklern liege der Verwaltung nicht vor.

8.2 Aktuelle Anfragen

- 8.2.1 Situation obdachloser Menschen in Köln**
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 13.01.2009
AN/0008/2009

Eine Beantwortung der Anfrage liegt noch nicht vor.

8.2.2 Inanspruchnahme von Räumlichkeiten in Bürgerhäusern und Bürgerzentren
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 16.01.2009
AN/0072/2009

Herr Santelmann trägt die Beantwortung der Verwaltung nachfolgend mündlich vor:

„Antwort der Verwaltung zu Frage 1.“

Organisationen/Vereine, die sozialräumlich im Umfeld eines Bürgerhauses/Bürgerzentrums tätig sind, werden bei der Vermietung von Räumlichkeiten vorrangig berücksichtigt.

Eine vorrangige Vergabe für ehrenamtlich tätige Vereinigungen ist nicht ausdrücklich geregelt.

Bei Interessenkollisionen erfolge der Ausgleich durch Kooperation und Koordination vor Ort. In der Praxis treten Vergabekonflikte aber in der Regel nicht auf.

Antwort der Verwaltung zu Frage 2.

Die Nutzungsgebühren für die städt. Bürgerhäuser/Bürgerzentren werden erhoben aufgrund der „Benutzungs- und Entgeltordnung für die Vergabe von multifunktionalen Räumen in den soziokulturellen Zentren (Bürgerhäuser/ Bürgerzentren) der Stadt Köln“ (Stand Dezember 2002).

Die Einrichtungen in freier Trägerschaft bestimmen im Rahmen ihrer Selbstverwaltung die Vermietungskonditionen selbst. Die Konditionen orientieren sich an der städtischen Entgeltordnung.

Antwort der Verwaltung zu Frage 3.

Der Ausschuss für Soziales und Senioren hat die Verwaltung beauftragt, die Barrierefreiheit ihrer Einrichtungen zu prüfen. Die Verwaltung hat deshalb zunächst in den elf Bürgerhäusern/ Bürgerzentren im Rahmen des Projektes „Wie barrierefrei sind die Kölner Bürgerhäuser und Bürgerzentren?“ Bestandsaufnahmen durchgeführt.

Die Untersuchungen ergaben, dass den Belangen der Barrierefreiheit in allen Häusern nur eingeschränkt Rechnung getragen wird. Es besteht dringender Optimierungsbedarf.

Im Rahmen der angeforderten Vorschläge für das vom Bund beschlossene Konjunkturprogramm wurde das Projekt „barrierefreie Bürgerhäuser und Bürgerzentren“ eingereicht. Es umfasst alle Maßnahmen, die zur Verbesserung der Situation notwendig sind.

Die Benutzungs- und Entgeltordnung kann - sofern gewünscht - nachgereicht werden.“

Frau Dr. Köhler fragt, inwiefern die technischen Voraussetzungen für eine Barrierefreiheit gegeben seien, z.B. für Hörgeschädigte.

Außerdem bittet sie um Auskunft darüber, ob für ehrenamtliche Vereinigungen, die einen sozialen Bezug haben, ein geringerer Mietpreis möglich sei.

Herr Santelmann erklärt, die Verwaltung beabsichtige, in den Bürgerhäusern und Bürgerzentren eine Barrierefreiheit in breiterem Sinne herzustellen.

Auf die Frage nach einem geringeren Mietpreis verweist Herr Santelmann auf die bestehende Entgelt- und Nutzungsordnung, die vom Rat beschlossen worden sei. Hieran müssen sich die Vereine, die diese Häuser in freier Trägerschaft verwalten, orientieren.

Frau Bredehorst verweist darauf, dass die bestehende Entgelt- und Nutzungsordnung den Forderungen Rechnung tragen, dass die Bürgerzentren und Bürgerhäuser einen gewissen Teil selbst erwirtschaften müssen. Da die städtischen Zuschüsse die jährlichen Preissteigerungen nicht auffangen, sei die finanzielle Ausstattung der Häuser jedoch sehr eng gestaltet.

Die Verwaltung werde die Benutzungs- und Entgeltordnung dem Ausschuss nachreichen.

Herr Helling nimmt nachfolgend Bezug auf die Aufnahme der Barrierefreiheit der Kölner Bürgerzentren in das Konjunkturprogramm. Es gebe bundesweit und auch kommunal absehbar einen Konsens, dass ein Teil dieser Gelder für die Sanierung von Schulen und den Ausbau in einen Ganztagsbetrieb eingesetzt werden solle.

Herr Helling betont, der barrierefrei Umbau der Bürgerhäuser bzw. die Anpassung an viele Standards der echten Barrierefreiheit sei ein wesentlicher Punkt für das barrierefreie Köln. Daher sollte die Chance des Konjunkturprogramms dazu genutzt werden, dieses Bauprogramm zu propagieren und die Verwaltung ermuntern, in dieser Hinsicht weiter stadtweit tätig zu werden.

Frau Dr. Köhler bittet die Verwaltung, bei den Zielvereinbarungen einen besonderen Blick auf die kleineren Bürgerhäuser zu richten.

**8.2.3 Einladungen von Schülern und Schülerinnen durch die ARGE
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 19.01.2009
AN/0090/2009**

Eine Beantwortung der Anfrage liegt noch nicht vor.

9 Beschlüsse gemäß § 41 Abs. 2 GO

9.1 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training 0102/2009

Beschluss:

Von den im Haushaltsplan 2008/2009 in Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, unter Zeile 15, Transferleistungen, veranschlagten Mittel für Antirassismus-Training in Höhe von 50.000,00 € werden in 2009 in einem ersten Schritt Mittel in Höhe von 4.400,00 € vergeben an:

- 4.400,00 €** je zur Hälfte an James-Krüss-Grundschule und Städtische Katholische Grundschule Zehnthofstraße für die Durchführung des Projektes „Gewaltfrei Lernen“ zur Förderung eines rassistischen- und diskriminierungsfreien Klimas und eines gewaltfreien, konstruktiven Umgangs mit Konflikten von Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen nationalen, sprachlichen, religiösen und kulturellen Identitäten in den vorgenannten, benachbarten Schulen, hier für
- a) Durchführung eines Schülerkurses an den beiden Schulen mit insgesamt 430 Schülerinnen und Schülern,
 - b) Durchführung einer gemeinsamen Fortbildung für Lehr- und Betreuungskräfte und Erstellung eines Handout mit den Fortbildungsinhalten.

Die geförderten Träger sollen in einem kurzen Erfahrungsbericht erzielte oder erwartete Wirkungen darstellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

10.1 Niedrigschwelliges Angebot zur Entlastung pflegender Angehöriger von somatisch Erkrankten 5631/2008

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Finanzausschuss einstimmig die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Finanzausschuss beschließt, aus den im Haushaltsplan 2008/2009 im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, in Zeile 15 veranschlagten Transferaufwendungen, die Freigabe der Mittel zur Förderung des niedrigschwelligen Angebotes zur Entlastung pflegender Angehöriger von somatisch Erkrankten („Einrichtung Pflegestützpunkte“) in Höhe von 120.000 € für 2009.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**10.2 Ziel- und Leistungsvereinbarungen für die Bürgerhäuser/Bürgerzentren
5672/2008**

Frau Schultes bittet, ein Wort auf Seite 3, in dem auf Punkt 6 folgenden Absatz zu ändern: „Die Partizipation der Nutzer/innen der Einrichtungen über Beteiligung über Beiräte und Vorstände ist ein wichtiges Kennzeichen *soziokultureller* Arbeit.“ Frau Schultes schlägt vor, stattdessen den Begriff „...sozialer und kultureller Arbeit.“ zu verwenden.

Die Ausschusssmitglieder stimmen darin überein, dem Vorschlag von Frau Schultes zu folgen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Finanzausschuss einstimmig die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Ausschuss nimmt den Strukturentwurf für die Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Bürgerhäusern / Bürgerzentren zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit dem Abschluss der Vereinbarungen für den Zeitraum 2009 und 2010.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**10.3 Bewilligung von Zuschüssen aus dem Programm "Wir im Quartier" -
Struktur- und Beschäftigungsförderung im Stadtviertel
5680/2008**

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, aus den im Haushaltsplan 2008/2009 im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, in Zeile 15, Transferaufwendungen, veranschlagten Mitteln für Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung im Rahmen des Konzeptes „Wir im Quartier“ – Struktur- und Beschäftigungsförderungsprogramm im Stadtviertel für das Jahr 2009 Zuschüsse an die in der Begründung des Beschlussvorschlags aufgeführten Träger in Höhe von 73.567 € zu leisten.

2. Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der vorgenannten Mittel.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**10.4 Zuschuss für die Ausstattung und Förderung der Seniorenvertretung der Stadt Köln
5878/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Finanzausschuss die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Finanzausschuss beschließt, aus den im Haushaltsplan 2008/2009 im Teilergebnisplan 0501, Soziale Hilfen, unter Zeile 15 veranschlagten Transferaufwendungen, für 2009 die Freigabe der zusätzlichen Mittel in Höhe von 10.000 € für die Ausstattung und Förderung der Seniorenvertretung der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

**11.1 Kulturelle Bildung in Köln
3429/2008**

Frau dos Santos Herrmann weist darauf hin, dass der vorliegende Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift des Integrationsrates den gefassten Beschluss nicht richtig wiedergebe. Der Integrationsrat habe die Freigabe der Stelle und der Mittel beschlossen, jedoch deutlich stärker betont, dass die kulturelle Bildung auch für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in das Konzept eingearbeitet haben wolle. Diese Ergänzung sei auch in den Beschlussvorschlag aufzunehmen.

Frau dos Santos Herrmann schlägt vor, über die Beschlussvorlage in der Fassung, wie sie der Integrationsrat beschlossen habe, abzustimmen. Außerdem habe der Integrationsrat die Verwaltung beauftragt, das Konzept in der Hinsicht zu überarbeiten.

Frau Bredehorst bestätigt die Beschlussfassung, wie sie von Frau dos Santos Herrmann dargestellt worden sei. In das Konzept solle ausdrücklich der Aspekt der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eingearbeitet werden.

Frau Bredehorst erklärt, bei dem Protokollauszug handele es sich um einen Entwurf.

Herr Ladenberger weist im Hinblick auf die Charta der Vielfalt darauf hin, dass in diesem Konzept die Berücksichtigung der Vielfalt fehle.

Herr Kluth stellt die Beschlussvorlage in der Fassung des Integrationsrates zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlags in der Fassung, die der Integrationsrat beschlossen hat:

Der Rat nimmt das als Anlage 1 * beigefügte Positionspapier „Kulturelle Bildung“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche in Köln. Er ist damit einverstanden, dass die zum Stellenplan 2008/2009 eingerichtete Stelle Verwaltungsangestellte/Verwaltungsangestellter VGr. II hD, Fg. 1a BAT (E 13 TVöD), die zunächst bis zur Vorlage des vorgenannten Positionspapiers mit einem Besetzungssperrvermerk versehen wurde, zur Besetzung freigegeben wird. Gleichzeitig beschließt er die Freigabe der im Teilergebnisplan 0405 – Kulturförderung – in der Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen - für kulturelle Bildung veranschlagten zahlungswirksamen Aufwandsermächtigung in Höhe von 85.000 €.

Die kulturelle Bildung auch für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund ist in das Konzept einzuarbeiten.

** Diese Anlage ist nicht mehr Teil der Niederschrift.*

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**11.2 Soziale Stadt NRW - Mülheim-Programm
hier: Integriertes Handlungskonzept Mülheim 2020 für das Programm-
gebiet "Soziale Stadt" Köln - Mülheim
3493/2008**

zu

**11.2 Soziale Stadt NRW - Mülheim Programm
0270/2009**

Herr Kluth teilt mit, sowohl die SPD-Fraktion als auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich dafür aus, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen. Es werde heute jedoch eine Vielzahl von Fragen und Anregungen zu dieser Beschlussvorlage geben. Die Verwaltung wird gebeten, diese zu prüfen und die Ergebnisse bis zu einer Woche vor der Ratsitzung den Fraktionen vorzulegen.

Herr Ensmann fragt, wie sich die vier bisher in Mülheim durchgeführten Projekte bewährt haben und warum die Projekte in Finkenberg und Bocklemünd beendet werden. Er bemängelt, dass die Liga der Wohlfahrtsverbände nicht in ausreichendem Maße bei der Erarbeitung der Beschlussvorlage eingebunden war. Weiterhin bittet Herr Ensmann um eine Stellungnahme des Dezernates für Soziales, Integration und Umwelt. Hierbei nennt er beispielhaft das Projekt 2.1 „Stadtteilmütter“. Für die CDU-Fraktion sei unklar, welche Kriterien und Voraussetzungen es gebe, um Stadtteilmütter zu werden, und wie die Verwaltung die angestrebte Zahl von 50 Frauen erreichen wolle.

Herr Pfarrer Decker erklärt, das Mülheim-Programm sei aus Sicht der Liga eine sehr verheißungsvolle Initiative und ein gutes Instrument die sozialraumorientierte Stadtentwicklung voranzutreiben. Bei der Vorbereitung der Beschlussvorlage habe die Verwaltung zwar mit Akteuren und Beteiligten gesprochen, jedoch sei die Einbeziehung nicht ausreichend und auf der richtigen Ebene erfolgt.

Herr Helling stellt fest, die Grundausrichtung des Projektes sei bereits festgelegt und durch die Förderzusage des Landes nicht mehr veränderbar. Herr Helling hält es für wichtig, dass für dieses Projekt nur ein Gebiet in Köln herausgenommen wurde. Es sei richtig, dass Mülheim ausgewählt worden sei. Herr Helling spricht sich dafür aus, dass sehr bald und einheitlich mit diesem Projekt begonnen werde.

Herr Helling betont, es gelte nun, die bestehenden Gestaltungsspielräume zu nutzen. Er bittet die Verwaltung, an den heute gestellten Prüfanträgen ernsthaft zu arbeiten.

Herr Dr. Schulz sieht keine Übereinstimmung der dargestellten Einzelprojekte mit dem Kölner Sozialraumprojekt. Er fragt, wie die neuen Projekte mit den vorhandenen in Einklang gebracht werden sollen oder ob dieser Ansatz nicht vieles zerstöre oder in Konkurrenz zu dem trete, was in Mülheim bereits bestehe.

Herr Dr. Schulz erklärt, diese grundsätzliche Frage sei am Ausgangspunkt nicht gestellt worden, sollte aber bei der Umsetzung der Einzelprojekte stärker verfolgt werden.

Frau Blümel ergänzt die Ausführungen von Herrn Helling und Herrn Dr. Schulz um das Kriterium der Nachhaltigkeit. Dies sei bei den bisherigen Programmen der sozialen Stadt immer sehr intensiv diskutiert worden. Ihr sei auch nicht genau klar, wie diese neuen Projekte in das Netz der vorhandenen Angebote einbezogen werden. Frau Blümel hält es für wichtig, die Instanzen zu stärken, die bisher gut gearbeitet, Kompetenzen erworben und sich vernetzt haben und von denen man ausgehen könne, dass sie dies in Zukunft auch weiter tun werden.

Frau Dr. Köhler bittet um Darstellung, wie die Fachverwaltung zu diesem Programm stehe.

Frau Kröger teilt mit, Mühlheim sei bereits seit einigen Jahren im Programm „Soziale Stadt“. Eine Evaluierung habe das Land bisher nie systematisch gefordert. Der Erfolg der bisherigen Projekte in Mülheim könne nicht beziffert werden. Angesichts der erneuten Finanzierung des vorliegenden Mülheim-Programms durch das Land sei jedoch von einem Erfolg der bisherigen Maßnahmen auszugehen.

Frau Kröger weist darauf hin, die Programme in Finkenberg und Bocklemünd zu beenden, sei keine Entscheidung der Verwaltung, sondern des Landes gewesen. Sie macht deutlich, das Land habe die Verwaltung massiv gedrängt, die Förderung dieser beiden Sanierungsgebiete zu beenden. Nachfolgend gibt Frau Kröger einen kurzen Überblick über den Sachstand in den beiden Gebieten.

Frau Kröger gibt zu, die Verwaltung habe die Einbindung der Liga leider vergessen. Die Verwaltung habe zwar mit Akteuren vor Ort gesprochen, jedoch nicht mit der Liga. Frau Kröger versichert, dies werde nachgeholt werden.

Frau Kröger erklärt, die Schwerpunkte dieses Programms können nicht mehr verändert werden. Die vorgeschlagenen, einzelnen Projekte seien natürlich noch zu bearbeiten und zu konkretisieren. Danach werden die einzelnen Projekte gemäß der Zuständigkeitsordnung den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt. Die Tatsache, dass diese Projekte nicht nur vom Städtebauministerium gefördert werden, sondern es mehrere Geldgeber gebe, wie z.B. das Wirtschaftsministerium, die ARGE und das Landesjugendamt, zeige den integrativen Ansatz des Programms. Sie hoffe, dies in der Umsetzungsphase noch weiter vertiefen zu können, um die Qualität des Programms deutlich zu steigern.

Da inzwischen die Fördermittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zeitlich befristet seien, und das 1. EFRE-Programm 2013 auslaufe, wolle die Verwaltung 2009 mit dem Programm beginnen, um die gesamte Laufzeit des 1. EFRE-Programms nutzen zu können.

Frau Kröger betont, die Nachhaltigkeit eines Projektes sei sehr wichtig. Die Verwaltung beabsichtige, die Wirkung der Projekte anhand einer Evaluation aufzuzeigen.

Frau Bredehorst teilt zur Nachfrage von Frau Dr. Köhler mit, man habe die betroffenen Ämter im Vorfeld einbezogen. Allerdings sei dies auf einer unteren Ebene geschehen, so dass die Dimension des Programms eventuell nicht immer erkannt worden sei. Auch bei den beteiligten freien Trägern habe evtl. der Gesamtüberblick gefehlt. Frau Bredehorst ist jedoch zuversichtlich, dass diese Mängel nachgebessert werden können.

Frau Hollmann regt an, bei den Projektbeschreibungen auch eine zahlenmäßige Angabe darüber zu machen, wie viele potentielle Nutzer erreicht werden können.

Herr Pohl (FDP) unterstützt diese Anregung.

Frau Kröger betont, bei dem heutigen Beschluss entscheide man nicht über konkrete Summen. Die Finanzvolumen seien derzeit nur sehr grob geschätzt. Jedes Projekt werde mit einer differenzierten Kostenkalkulation dem zuständigen Gremium nochmals vorgelegt.

Herr Lierenfeld hält es für entscheidend, zu überlegen, wie zu Beginn dieses Projektes eine Nachhaltigkeit gewährleistet werden könne.

Herr Kluth bittet die Verwaltung die inhaltlichen Aspekte aus den vorangegangenen Wortmeldungen als Anregungen mitzunehmen und zu prüfen, inwiefern diese berücksichtigt werden können. Abschließend ruft Herr Kluth die einzelnen Programmschwerpunkte auf und bittet die Ausschussmitglieder, ihre Prüfaufträge und Anregungen zu nennen.

Projekt 1.6 – Kulturbrücke Mülheim – PracticPad Köln:

Herr Dr. Schulz fragt, in wie weit vorhandene kulturelle Projekte, wie z.B. der Kulturbunker, weitere Beachtung finden, wenn hier ein neues Leuchtturm-Projekt in Mülheim geschaffen werde.

Projekt 1.7 – Planet Kultur:

Herr Helling fragt, in wie weit noch weitere Träger (Jugendkulturarbeit / Beschäftigungsträger) einbezogen werden können.

Projekt 1.8 – n!faculty:

Herr Dr. Schulz teilt mit, hier stelle sich dieselbe Frage nach Einbettung oder Konkurrenz. Herr Dr. Schulz hält es für problematisch, dieses Projekt gegenüber anderen Sport- und Kulturaktivitäten zu verankern. Er ist der Meinung, dieses Programm stehe sozusagen als Computer-Spiel-Programm im Widerspruch zu den anderen Sport- und Kulturaktivitäten.

Projekt 1.10 – (Familiennetz Mülheim) – ersetzt durch das Modellprojekt der ARGE Köln zur Betreuung großer Bedarfsgemeinschaften:

Herr Ensmann fragt, wie hoch das Finanzvolumen bei der ARGE sei.

Herr Müller-Starmann erklärt, es handele sich um ein laufendes Programm und erläutert hierzu kurz die Einbindung der ARGE. Eine genaue Summe könne er nicht benennen, da das Finanzvolumen davon abhängen, wie viele Menschen erreicht werden können.

Projekt 1.11 – Mülheimer Job-Factory:

Herr Helling fragt, wie das Projekt besser in die vorhandene Infrastruktur von ARGE und freien Trägern eingebunden werden könne.

Projekt 1.12 – Frau und Beruf:

Herr Helling bittet um Prüfung, wie mit Trägern, die sich im Bereich der Beschäftigungsförderung für Frauen bewährt haben, zusammengearbeitet werden könne.

Projekt 1.14 – Neue Arbeit für Mülheim:

Herr Kluth bittet bei dem Projekt zum Ausbau der Güterhalle zu berücksichtigen, dass der Mietvertrag von SSM jederzeit kündbar sei.

Herr Helling bittet die Verwaltung darum, eine Ko-Finanzierung der ARGE einzubeziehen. Die Gesamtfinanzierung müsse vor dem Hintergrund geprüft werden, dass bisher Stellen der SSM im ersten Arbeitsmarkt angesiedelt seien.

Herr Dr. Schultz erklärt zu dem Projekt 1. 14 und auch zu 1.15, hier bestehe eine deutliche Konkurrenz zu laufenden Projekten. Er kritisiert, dass hier ein Projektträger herausgestellt werde, der gerade auf dem Gebiet des Recyclings Vernetzungen aufgekündigt habe.

Herr Kluth merkt an, es sei zu prüfen, wie dieses Projekt zu dem bestehenden Möbelverbund passe. Er spricht sich für eine Ausschreibung aus.

Projekt 1.15 – Baustoff-Recycling und Second-Hand-Baumarkt:

Herr Helling spricht sich für eine Ausschreibung aus. Die Ko-Finanzierung der ARGE müsse genau geprüft werden.

Projekt 2.1 – Stadtteilmütter:

Herr Helling bittet um Prüfung, in wie weit die Stadtteilmütter auch als langfristig Beschäftigte eingesetzt und finanziert werden können.

Herr Ensmann verweist auf seine Anmerkungen im allgemeinen Teil der Diskussion.

Projekt 2. 14 – Qualifizierungsoffensive „Sport und Bewegung“:

Herr Dr. Schulz hält es für schwierig, die Projekte 2.1 3 und 2.1 4 gegeneinander abzugrenzen. Er bittet zu prüfen, ob es ggf. sinnvoll sein könne, einen Träger oder einen Trägerverbund zu suchen, der beide Bereiche bedienen könne.

Unabhängig von den Programmpunkten erklärt Herr Helling, an der Lenkungsgruppe sollten nicht nur Vertreterinnen und Vertreter der beteiligten Fachämter teilnehmen. Er bittet um Prüfung, ob auch die vier beteiligten Dezernentinnen und Dezernenten teilnehmen können, um ein höchst mögliches Maß an einheitlichem Zusammenwirken zu gewährleisten.

Weiterhin hält es Herr Helling für erforderlich, dass die Verwaltung die mit der Liga der Wohlfahrtsverbände begonnenen Gespräche weiter fortführt, um eine dauerhafte Beteiligung der Liga an der Planung und Umsetzung dieses Mülheim-Programms zu gewährleisten.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

11.3 Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus Konzept zur Umsetzung des Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa 3984/2008

Frau Wilden äußert ihre Kritik an der Beschlussvorlage.

Herr Pohl (FDP) unterstützt ausdrücklich, dass die Verwaltung Überlegungen zur Einrichtung von Praktikumsplätzen für junge Menschen mit Migrationshintergrund mit dem Ziel der Überführung der Praktikantinnen und Praktikanten in eine städtische

Ausbildung im gewerblich-technischen Bereich vornehmen wolle. Er plädiert dafür, dies auch wirklich umzusetzen. Dabei sollte dieses Vorhaben nicht nur beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, sondern, wenn möglich, auch in vielen anderen Ämtern umgesetzt werden.

Herr Kluth stellt nachfolgend die Beschlussvorlage in der Version des Integrationsrates zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags in der Fassung, wie sie im Integrationsrat beschlossen wurde:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung im Rahmen der vorhandenen Haushaltsressourcen mit der Umsetzung des als Anlage 1 beigefügten Konzeptes zur Umsetzung des „Zehn-Punkte-Aktionsplanes zur Bekämpfung von Rassismus auf kommunaler Ebene in Europa“ in Köln.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, das Konzept dem Lenkungsausschuss des „Europäischen Städte-Koalition gegen Rassismus e.V.“ vorzulegen.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, dem Rat zunächst jährlich über die Umsetzung von Aktivitäten zur Bekämpfung von Rassismus in Köln im Sinne des Zehn-Punkte-Aktionsplanes zu berichten und den Bericht dem Lenkungsausschuss der Städte-Koalition vorzulegen.
4. Der Rat beschließt die Mitgliedschaft der Stadt Köln im Verein „Europäische Städte-Koalition gegen Rassismus e.V.“ und beauftragt die Verwaltung, den Beitritt der Stadt Köln zum vorgenannten Verein in die Wege zu leiten. Der jährliche Mitgliedsbeitrag von 1.500 € wird aus Mitteln des zuständigen Dezernates sichergestellt.
5. Der Rat bittet die Verwaltung, den Einsatz von städtischen Beschäftigten in Projekten zur Prävention und Beseitigung von Rassismus und Diskriminierung zu ermöglichen und von den Fachdienststellen zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**11.4 Institutionelle Förderung der Arbeitslosenberatungsstellen KALZ e.V. und Vingster Treff e.V.
0025/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlags:

Der Rat beschließt, die zum 31.12.2004 eingestellte institutionelle Förderung für die Arbeitslosenberatungsstellen Kölner Arbeitslosenzentrum (KALZ) e.V. und Vingster Treff e.V. mit jeweils 50.000 € wieder aufzunehmen.

Die Finanzierung erfolgt durch Sollverlagerung im Haushaltsplan 2009 innerhalb des Teilergebnisplanes 0501, Soziale Hilfen, in Zeile 15, Transferaufwendungen.

Mit diesem Beschluss soll die kommunale Förderung im Rahmen des Gesamtkonzeptes zur Kommunalen Förderung der Arbeitslosenzentren und -Beratungsstellen von der Sozialverwaltung aus einer Hand gesteuert und finanziert werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

**11.5 Kommunale Förderung der Arbeitslosenzentren und -Beratungsstellen
5728/2008**

Herr Helling bittet, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen, da noch Beratungsbedarf bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bestehe.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

13 Anfragen

13.1 Win-Win-Programm hier: mündliche Anfrage von Herrn Ensmann

Herr Ensmann fragt nach dem aktuellen Sachstand zum Win-Win-Programm. Er bittet um Auskunft, was in 2008 umgesetzt worden ist, welche Unternehmen in welchem Maße zur Mitwirkung gewonnen werden konnten und wie viele Arbeitslose durch dieses Programm inzwischen wieder Arbeit gefunden haben.

Die Verwaltung wird die Frage zur Beantwortung an die Fachverwaltung weiterleiten.

gez. Kluth
(Vorsitzender)

gez. Kutzer
(Schriftführerin)